

# **Entwurf Regierungsprogramm - Für eine neue Politik in Hessen**

## **Der komplette Entwurf des SPD-Regierungsprogramms für die Wahlperiode 2008-2013 des Hessischen Landtags als PDF zum Download.**

<http://www.spd-hessen.de/.net/QZPGPPPDDVPGPYVYTGGVPGKV/html/13365/welcome.html>

### **Auszug aus Teil III. (Bildung)**

#### **Die Zeit ist reif für neue Chancengleichheit**

Für uns sind gleiche Chancen ein Gebot der Gerechtigkeit. Mehr Chancengleichheit zu schaffen zieht sich durch viele Politikfelder. Ob Kindergarten, Schule oder Hochschule, ob Jugendhilfe, Integration, Ausbildung oder Arbeit: in diesen und vielen weiteren Themenfeldern kann Landespolitik durch konkrete Maßnahmen für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse sorgen. Die PISA-Studien haben mehrfach gezeigt, dass die Bildungschancen in Deutschland noch immer abhängig sind von dem sozialen Status der Eltern. Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat nur ein Viertel der Chancen, die Hochschulreife zu erreichen; im Vergleich zu einem Kind aus einer Manager- oder Akademikerfamilie. Diese Ungerechtigkeit können und wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der gleiche Bildungschancen selbstverständlich sind, ganz gleich welche Bildung, welchen Beruf oder welches Einkommen die Eltern haben.

Eine Landesregierung, die zusätzliche Barrieren im Bildungssystem schafft, versündigt sich nicht nur an den Kindern, sie schädigt gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Hessen. Deshalb werden wir die neu errichteten Bildungsbarrieren der Regierung Koch wieder beseitigen. Hürden für den schulischen Aufstieg und Undurchlässigkeit der Bildungsgänge passen nicht zum Ziel gleicher Bildungschancen.

Wir werden Hessen modernisieren, indem wir eine Gesellschaft der Teilhabe für Alle verwirklichen. Das Wichtigste für uns sind die Menschen in unserem Land. Unsere Politik setzt auf ihre Fähigkeiten. In sie investieren wir vor allem. Weil wir eine nachhaltige Politik wollen, die die Chancen zukünftiger Generationen sichert, setzen wir in der Bildung einen wichtigen Schwerpunkt. Für uns sind die Ausgaben für Bildung Investitionen in die Zukunft.

#### **1. Chancengleichheit im Haus der Bildung**

##### **Unser Maßstab sind die Kinder**

Maßstab für unsere Politik sind die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebendigkeit, ihrer Vielfalt und ihrer Unterschiedlichkeit auch in ihrer Entwicklung. Für uns sind alle in ihrer Würde als individuelle Persönlichkeiten gleich wert, gleich zu achten, gleich zu schützen und zu schätzen – unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit und Begabung. Aber auch ungeachtet der sozialen und ethnischen Herkunft der Eltern.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder und Jugendlichen bildungsfähig und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern. Wir wollen eine Schule, in der die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Lebensbedingungen das pädagogische Konzept bestimmen. Nicht die Kinder müssen den Institutionen angepasst werden, sondern die Institutionen müssen sich der Unterschiedlichkeit der Kinder anpassen. Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf qualifizierte Bildungsbeteiligung und ein hohes Leistungsniveau der einzelnen Schulen.

Jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung. Um dies zu erreichen, bedarf es grundsätzlicher Änderungen in unserem Bildungssystem. Die Schulpolitik der CDU-Landesregierung hat dazu geführt, dass die Kinder von Beginn an in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer geteilt werden. Unter Koch entscheidet der soziale Status der Eltern noch deutlicher über die Bildungschancen der Kinder. Wir dürfen es nicht zulassen,

dass so viele Kinder auf ihrem Bildungsweg zurückgelassen werden. Zu wenige Kinder erreichen einen Abschluss, der ihnen die Chance auf einen hoch qualifizierten Berufsweg eröffnet.

### **Das Grundkonzept**

Die hessische SPD setzt dem konservativen Bildungsverständnis von möglichst früher Selektion das Konzept des „Haus der Bildung“ gegenüber. Das ist nicht eine neue Schulform, sondern eine Verbesserung aller Schulen. Wir werden ein gerechtes Bildungssystem schaffen. Statt auf Auslese und Selektion setzen wir auf Förderung und Integration. Längeres gemeinsames Lernen, fordern und fördern sind dabei unsere Grundsätze: An ihnen muss sich Bildungspolitik orientieren.

- Kein Kind wird zurück gelassen – Lernen fördern!
- Unterschiedlichkeiten voraussetzen – Lernen individualisieren!
- Verschiedenheiten anerkennen – Respekt vor Besonderheiten!
- Hohe Ansprüche an das Lernen aller Kinder und Jugendlichen – Lernen fordern!
- Benachteiligungen erkennen und mildern – Erziehungsleistung stärken!
- Selbstverantwortung altersgemäß erproben – Erfahrungsräume schaffen!

Gute Bildung ist für das einzelne Kind und die Entfaltung seiner Persönlichkeit ebenso wichtig wie für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung unseres Landes. Nur wenn es uns gelingt, alle Begabungsreserven zu erschließen, ist unser Land zukunftsfähig. Nur ein hohes Bildungsniveau aller sichert die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dazu brauchen wir ein leistungsförderndes Bildungssystem, das auch nach dem Schulabschluss nicht aufhört, sondern lebensbegleitende Angebote vorhält.

Wir wollen mit unserer Bildungspolitik die Grundlage für eine offene und tolerante Gesellschaft in Hessen legen. Dafür brauchen wir wieder eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

### **Gute Bildung von Anfang an**

Wir treten ein für eine frühkindliche Bildung, die die Lebensphase von der Geburt bis zum Abschluss der Grundschule insgesamt in den Blick nimmt.

Dabei wollen wir die Eltern mit Angeboten wie Krabbelgruppen und Tagesmütter unterstützen, damit diese ihrer erzieherischen Verantwortung gerecht werden können. Hierbei sind alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe aufgefordert, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen. Wir werden dafür sorgen, dass sich das Land angemessen finanziell beteiligt.

Wir wollen keine finanziellen Zugangsbarrieren zu den Einrichtungen der frühen Bildung. Die Entscheidung für einen Kindergartenbesuch darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Daher wollen wir Kindertagesstätten und Kindergärten zu Bildungseinrichtungen weiterentwickeln, die kostenfrei angeboten werden. Dabei streben wir die volle Gebührenfreiheit an. Das letzte Kindergartenjahr als Vorbereitung auf die Schule gebührenfrei zu halten, ist nur ein erster Schritt. Wir wollen den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule angstfreier, gleitender und insgesamt mit weniger Reibungsverlusten und Brüchen gestalten. Wichtig ist die gemeinsame Verantwortung von Kindertageseinrichtung und Grundschule für Erziehung und Bildung der Kinder. Daneben steht für uns als gleichberechtigtes und unverzichtbares Element die Verantwortung der Eltern. Sie müssen in die Arbeit beider Einrichtungen eingebunden sein und bei Bedarf gezielt unterstützt werden. Elternarbeit muss fester Bestandteil des Programms der Kindertageseinrichtung ebenso wie des Schulprogramms der Grundschule sein.

Wir wollen Kinder mit gutem Selbstwertgefühl, die in der Lage sind komplexe Situationen zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren, Probleme friedlich zu lösen und sich selbst zu organisieren. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung für Integration und Bildungserfolg. Wir werden daher die Angebote zur Sprachförderung bedarfsgerecht für alle Kinder weiterentwickeln. Die SPD wird auf dieser Grundlage den vorliegenden Bildungs- und Erziehungsplan konkretisieren und den Einrichtungen die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung

zur Verfügung stellen. Für die vorgesehene fest installierte Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule werden wir die personellen Voraussetzungen schaffen.

Die Grundschule hat wichtige Aufgaben in der Förderung von Kindern, sie darf nicht auf eine Zulieferfunktion für das weiterführende Schulsystem reduziert werden. Wir werden daher die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe weiterentwickeln, in der Kinder je nach Entwicklungsstand zwischen ein und drei Jahren bleiben können. Jedes Kind kommt nach dem Kindergarten in die Grundschule. Eine Rückstellung wegen angeblich mangelnder Schulreife wird es nicht mehr geben. Wir werden jede Schuleingangsgruppe mit Sozialpädagogen fördern. Das durchschnittliche Einschulungsalter werden wir mit diesen Maßnahmen deutlich senken.

Für die neuen Aufgaben der Erzieherinnen und Erzieher werden wir deren Ausbildung reformieren. Künftig wird ein Studium die Ausbildungsstruktur ergänzen, das den gewachsenen Ansprüchen des Berufsbildes Rechnung trägt. Zur Teilnahme an einem solchen Studiengang berechtigt die abgeschlossene Fachschulausbildung. Um ausreichend Erzieherinnen und Erzieher einstellen zu können, müssen die Ausbildungskapazitäten angepasst werden.

Wir werden für Kinder und Jugendliche die bisherige Trennung der Zuständigkeiten des Sozialministeriums auf der einen Seite und des Kultusministeriums auf der anderen Seite aufheben und ein Ministerium für Bildung und Jugend schaffen.

### **Länger gemeinsames Lernen**

Wir wollen die frühe Selektion an Hessens Schulen beenden. Hier werden ohne Grund für viele Kinder Lebenschancen verbaut. Wer die individuelle Entwicklung jedes einzelnen Kindes ernst nimmt, kann deutlich mehr Kinder zu besseren Bildungsabschlüssen fördern. Dies ist sowohl im Interesse jedes einzelnen Kindes als auch im Interesse der gesamten Gesellschaft. Wir brauchen deutlich mehr sehr gut ausgebildete Menschen, wenn wir die Zukunft in Wirtschaft und Gesellschaft meistern wollen. Alle Studien zeigen, dass das gemeinsame Lernen in unseren europäischen Nachbarländern nicht nur mehr Schüler fördert, sondern auch bessere Leistungen sowohl im Durchschnitt als auch bei den Spitzenschülern hervorbringt.

Längeres gemeinsames Lernen ist auch sozial gerechter, denn viel zu oft wird bei der Schulempfehlung nach sozialer Herkunft statt nach Leistungsfähigkeit entschieden. Ist ein Kind erst in einer Schulform eingeordnet, werden falsche Empfehlungen fast ausschließlich nach unten korrigiert.

Wir wollen eine Schule, die Freiräume für die soziale und individuelle Entwicklung aller Kinder ohne Anpassungsdruck und Aussonderungsdrohung bereithält und auf die Illusion von homogenen Lerngruppen verzichtet.

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen. Daher streben wir eine Schulstruktur an, in der alle weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 eine gemeinsame Mittelstufe anbieten. Wir werden dafür sorgen, dass schon ab 2008 bestehende Schulen des Sekundarbereichs I nach den Prinzipien unseres Hauses der Bildung arbeiten können. Weiterhin wollen wir erreichen, dass bis zum Jahr 2010 für jedes Kind wohnortnah im Sekundarbereich I mindestens eine Schule nach den Prinzipien unseres Hauses der Bildung arbeitet.

Wir werden jedoch keine Schulreform „von oben“ verordnen. Wir wissen, dass wir eine grundlegende Veränderung des Schulsystems und der damit verbundenen Erwartungshaltung an bestmögliche Bildungserfolge der Schüler und Schülerinnen nur im Dialog mit Eltern und Lehrkräften erreichen werden.

Wir streben eine an den vorhandenen Schulstandorten ausgerichtete Weiterentwicklung des Schulsystems an. Dazu werden wir:

- schulformunabhängige Bildungsstandards schaffen, die beschreiben, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler am Ende eines Jahrgangs mindestens erreicht haben sollen,
- die bestehenden schulformbezogenen Lehrpläne und Stundentafeln aufheben und durch Kernlehrpläne und Jahresstundentafeln ersetzen, die an den Bildungsstandards orientiert sind, damit

die Schulen den pädagogischen Freiraum erhalten, um möglichst vielen Schüler die Kompetenzstufen im Rahmen dieser Kernlehrpläne zu ermöglichen.

- den Elternwillen ernst nehmen. Daher wird es eine Schulformempfehlung der Grundschule nicht mehr geben. Für alle Schulen der Mittelstufe gilt:

- Die Querversetzung, d.h. die Überweisung an eine andere Schule wird aus dem Schulgesetz gestrichen.

- An die Stelle des Sitzenbleibens treten Fördermaßnahmen. Die Eltern behalten aber das Recht, selbst über eine Klassenwiederholung oder einen Schulwechsel ihres Kindes zu entscheiden.

- Alle Schulen der Sekundarstufe I bereiten auf alle Abschlüsse vor.

Wir wollen wieder eine regional angepasste Schulentwicklungsplanung vor Ort. Die Schulen mit gemeinsamer Sekundarstufe I erhöhen die Flexibilität der kommunalen Schulträger. Durch Zusammenlegung und Umwandlung bestehender Schulen kann auf die demografische Entwicklung angemessen reagiert werden. Eine gemeinsame Sekundarstufe I ermöglicht den Schulträgern, allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu allen Abschlüssen und Qualifikationen offen zu halten. Die Richtwerte zur Klassenbildung werden wir abschaffen.

Schulen, ihre Schülerinnen und Schüler sowie das jeweilige soziale Umfeld unterscheiden sich zum Teil erheblich. Daher darf die Lehrerzuweisung nicht ausschließlich an der Zahl der Klassen bemessen werden, sondern muss auch die pädagogischen Zielsetzungen und strukturellen Bedingungen der einzelnen Schule berücksichtigen.

Unser Grundsatz des längeren gemeinsamen Lernens schließt ausdrücklich auch Kinder mit Behinderungen ein. Wir wollen deren Isolierung vermeiden, denn wer von Anfang an nicht ausgeschlossen wird, muss auch später nicht wieder integriert werden. Daher werden wir das System der Förderschulen von Grund auf überdenken. Unser Ziel ist die Überwindung aussondernder Einrichtungen. Auch Jugendliche mit besonderem pädagogischem Förderbedarf müssen ihre individuelle Förderung in der gemeinsamen Schule erfahren. Lediglich für Kinder und Jugendliche mit schweren und schwersten Behinderungen werden gesonderte Klassen nötig sein, um ihren besonderen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Kein Jugendlicher ohne Abschluss

Wir wollen keinen Jugendlichen ohne Abschluss aus der Schule zu entlassen. Wir werden Schule so organisieren, dass der allgemeine Bildungsabschluss nach der 10. Klasse erworben wird. Das 10. Schuljahr wird künftig eine Gelenkfunktion beim Übergang in die berufliche Ausbildung oder in die weiterführenden Schulen wahrnehmen. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe wird aufgehoben, G 8 wird beendet.

Nach dem allgemeinen Bildungsabschluss wählt jede und jeder Jugendliche seinen weiteren Werdegang aus den Optionen Berufsausbildung, vollschulische Assistentenausbildung oder Oberstufe zum Erwerb der Hochschulreife.

Die berufliche Ausbildung, die am Berufsprinzip orientiert bleibt, erfolgt in der Regel im dualen System. Bei besonderen Engpässen auf dem Ausbildungsmarkt und zu geringem Angebot an dualen Ausbildungsplätzen wird das erforderliche Angebot der beruflichen Erstausbildung in staatlicher Verantwortung durch eine zweite Säule der vollschulischen Berufsausbildung an Beruflichen Schulen mit vollwertigen Berufsabschlüssen organisiert. Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung berechtigt zur Fort- und Weiterbildung an einer Fachoberschule, einer Berufsakademie, einer Fachschule oder zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule oder Universität.

Um auch weiterhin das Abitur nach zwölf Jahren erreichen zu können, wollen wir eine Oberstufe mit einem echten Kurssystem, das in zwei bis drei Jahren durchlaufen werden kann. Entscheidend ist der Nachweis der Pflichtkurse bis zur Abiturprüfung. Jede Schülerin und jeder Schüler erarbeitet mit beratender Unterstützung durch die Lehrer zu Beginn der Oberstufe einen individuellen Lernplan aus, der regelmäßig überprüft und gegebenenfalls modifiziert wird.

Die Schuleingangsstufe der Grundschule und das Kurssystem der Oberstufe sorgen für eine weitestgehende Flexibilisierung und geben weiterhin die Chance für die Verkürzung der Schulzeit.  
**Besser Lernen in Ganztagschulen**

Längeres gemeinsames Lernen und echte Ganztagsschulangebote gehören untrennbar zusammen. Für uns ist Ganztagschule mehr als den jetzigen Schulalltag in den Nach-mittag zu verlängern. Wir wollen mehr als eine Mittagsbetreuung. Wir wollen Ganztagschulen mit einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus, in denen neue Bildungskonzepte verwirklicht werden können. Wir wollen einen Schulalltag, der fächerübergreifende Förderung organisieren hilft und Unterricht, Erziehung und individuelle Förderung besser miteinander kombinieren kann. Deshalb halten wir an dem Ziel eines Ausbaus der Ganztagschulen fest. Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden.

Wir wollen lebendige Schulen, in denen Lehren und Lernen Spaß und Freude machen und zu Lernerfolgen führen. Dafür muss der Schulalltag verstärkt an die Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Wir wollen die Qualität der Lern- und Bildungsprozesse insgesamt steigern und eine andere Rhythmisierung und Organisation des Schulalltags. In einer Ganztagschule ist auch mehr Raum, um die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu stärken und die Schulgemeinschaft auszubauen. Die Erfahrung sinnvoller Freizeitgestaltung muss fester Bestandteil eines jeden Ganztagsangebotes werden. Wir setzen dabei auf den Ausbau der schon bestehenden erfolgreichen Zusammenarbeit mit Volkshochschulen, Musikschulen, Sportvereinen und auch karitativen Organisationen.

Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler fördern. Kinder mit Schwächen durch zusätzliche Beratung und Förderung über den Unterricht hinaus, besonders bei der Hausaufgabenbetreuung und gezielter Nachhilfe, aber auch durch integrierte Schulsozialarbeit unterstützen. Wir wollen in Kooperation mit anderen Bildungsinstitutionen für besonders Begabte zusätzliche Angebote im Regelschulsystem schaffen.

Ganztagschulen schaffen auch Chancengleichheit in der Familie. Sie sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie entsprechen den Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, die auf die Veränderungen von Familienstrukturen reagiert und Antworten bereithält. Ganztagsangebote und Ganztagschulen verbessern nicht zuletzt die Wettbewerbschancen des Wirtschaftsstandorts Deutschland, die mehr denn je durch die Qualität von Bildung und Ausbildung bestimmt werden.

### **Verantwortung in Selbstständigkeit**

Schulen wissen am besten, welche pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen nötig sind, um ihren Schülern die bestmögliche Schullaufbahn zu bieten. Wir werden daher den hessischen Schulen mehr Selbstständigkeit geben. Voraussetzung für Selbstständigkeit von Schule ist die Verlässlichkeit der Politik hinsichtlich der pädagogischen Zielsetzungen, der bestehenden Unterstützung für die Schulen und der Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen. Eine größere Selbstständigkeit von Schulen darf von der Politik nicht dazu missbraucht werden, Verantwortlichkeiten und Mangelverwaltung an die Schulen abzuschieben. Durch das CDU-Programm ‚Unterrichtsgarantie plus‘ wird der Weg zur Selbstverantwortung diskreditiert. Diese Fehlentwicklung werden wir korrigieren.

Wir werden den Schulen ein Gesamtbudget zur Verfügung stellen, aus dem sie eigen-ständig Personal- und Sachmittelaufwendungen bestreiten. Die Gesamtverantwortung für Schule und Bildung verbleibt beim Staat. Für Schulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen wie einem hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund, hoher Sozialhilfedichte im Einzugsgebiet, hoher Arbeitslosenquote, und für sonderpädagogische Förderbedarfe und besondere Förderkonzepte für alle Begabungen stellen wir zusätzliche Mittel bereit. Für die Verwaltungstätigkeit soll die Schule Fachpersonal einstellen können.

Die Schulen entscheiden in eigener Verantwortung auf der Basis ihres Schulprogramms über Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung. Dazu werden schulformübergreifende

Bildungsstandards erarbeitet, die auf Kompetenzstufen aufbauen. Die bisherigen Fachlehrpläne werden durch Kerncurricula ersetzt, die den Schulen größere inhaltliche Freiräume gewähren. Der Unterricht wird auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler zugeschnitten. Die Wochenstundentafel wird durch eine flexible Jahresstundentafel ersetzt.

In der Schule darf Demokratie nicht nur auf dem Lehrplan stehen, sie muss auch von der Schulgemeinde gelebt werden. Wir werden daher die hessischen Schulen demokratisch verfassen. An den Entscheidungen werden Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger unter Einbeziehung des regionalen Umfeldes beteiligt. Dies stärkt die Identifikation mit der Schule und erzeugt eine höhere Verbindlichkeit der Entscheidungen. Wir werden dafür ein neues Personalvertretungsrecht schaffen.

Das eingerichtete Institut für Qualitätsentwicklung und das Amt für Lehrerbildung werden hinsichtlich ihrer Aufgabenstellungen als Dienstleister für die schulische Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung überprüft und weiter entwickelt. Auch den Staatlichen Schulämtern wird bei der Qualitätssicherung und –entwicklung eine neue zentrale Rolle zukommen. Notwendige finanzielle Mittel zum Aufbau schulinterner Qualitätssicherungssystem werden zur Verfügung gestellt.